

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 08 | 23.02.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

AUSSCHREIBUNG

[Praktikum Öffentliche Verwaltung für Studierende der Rechtswissenschaften](#)

Im Sommersemester 2018 stellen das Land Oberösterreich und die Landeshauptstadt Linz für Studierende des Schwerpunkts Öffentliche Verwaltung des Diplomstudiums Rechtswissenschaften an der JKU Linz **4 Praktikant/innen-Stellen** für drei Monate im Zeitraum Juni bis September 2018 zur Verfügung.

Bewerbung: bis zum 16. März 2018 per E-Mail an vwrecht@jku.at (Johannes Kepler Universität Linz, Fachbereich Öffentliches Recht, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer)

I. BUNDESGESETZBLATT

Keine relevanten Rechtsakte im Berichtszeitraum.

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 44 v 16.02.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über **zusätzliche Zölle** auf die **Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika**

[ABI L 45 v 17.02.2018, 3](#)

Verordnung (EU) 2018/231 der Europäischen Zentralbank vom 26. Januar 2018 über die **statistischen Berichtspflichten der Altersvorsorgeeinrichtungen** (EZB/2018/2)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.09.2017, [V 25/2017 ua](#)

Oö LustbarkeitsabgabeG; LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadtgemeinde Traun; keine Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen der LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadtgemeinde Traun betreffend die Festlegung des **Abgabenschuldners** bei der **Besteuerung von Wettterminals**

01.12.2017, [G 103/2017 ua](#)

Oö LustbarkeitsabgabeG; LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadtgemeinde Traun; Zurückweisung von Anträgen des LVwG Oö auf Feststellung der **Verfassungswidrigkeit bzw Aufhebung von Bestimmungen** des Oö LustbarkeitsabgabeG wegen entschiedener Sache; Zurück- bzw Abweisung der Anträge auf **Aufhebung bzw Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen** der LustbarkeitsabgabeO der Stadtgemeinde Traun; Festlegung des Inhabers eines Spielapparats als Abgabenschuldner nicht gesetzwidrig

13.12.2017, [E 2611/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags eines irakischen Staatsangehörigen auf **internationalen Schutz** mangels nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung in Bezug auf die Sicherheitslage in der Provinz al-Anbar

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

23.01.2018, [Ra 2018/18/0001](#)

AsylG; Zumutbarkeit einer **innerstaatlichen Fluchtalternative in Afghanistan**; § 11 AsylG führt zwei getrennte und selbständig zu prüfende Voraussetzungen der innerstaatlichen Fluchtalternative an; zum einen ist zu klären, ob in diesem Gebiet Schutz vor asylrechtlich relevanter Verfolgung und vor Bedingungen, die subsidiären Schutz rechtfertigten, gegeben ist; zum anderen muss der Aufenthalt in diesem Gebiet dem Asylwerber zugemutet werden können; um von einer zumutbaren innerstaatlichen Fluchtalternative sprechen zu können, reicht es nicht aus, dem Asylwerber entgegen zu halten, dass er in diesem Gebiet keine Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu erwarten hat; es muss vielmehr möglich sein, im Gebiet der innerstaatlichen Fluchtalternative nach allfälligen anfänglichen Schwierigkeiten Fuß zu fassen und dort ein Leben ohne unbillige Härten zu führen; ob dies der Fall ist, erfordert eine Beurteilung der allgemeinen Gegebenheiten im Herkunftsstaat und der persönlichen Umstände des Asylwerbers

25.01.2018, [Ra 2017/11/0269](#)

KraftfahrG; die Bestätigung einer Anordnung der Kraftfahrbehörde zur **Behebung wahrgenommener Mängel beim Betrieb einer Fahrschule** nach § 114 Abs 7 KraftfahrG durch das VwG setzt voraus, dass im Zeitpunkt seiner Entscheidung weiterhin solche – noch nicht behobenen – Mängel bestehen; bei Vorliegen dieser Voraussetzung ist mit Bescheid bestimmt anzuordnen, dass und allenfalls in welcher Weise die Mängel zu beheben sind; ein Mangel liegt jedenfalls vor, wenn der Betrieb der Fahrschule in einer Weise erfolgt, dass entweder ausdrücklichen Bestimmungen des KraftfahrG (oder auf der Grundlage derselben ergangenen Verordnungsbestimmungen) zuwidergehandelt wird oder aber den sich aus der Zwecksetzung der Fahrschulausbildung ergebenden Anforderungen an den Fahrschulbetrieb nicht ausreichend Rechnung getragen wird

29.01.2018, [Ra 2017/04/0026](#)

GewO; Ermittlung des **Immissionsstands eines Gastgartenbetriebs**; der Durchführung von Messungen ist – soweit diese möglich sind – grundsätzlich der Vorrang vor lärmtechnischen Berechnungen einzuräumen; „grundsätzlich“ bedeutet, dass diese Verpflichtung nicht allgemein besteht, sobald eine Messung (technisch) möglich ist, allerdings kann nur in Ausnahmefällen davon abgesehen werden; ob ein solcher Ausnahmefall vorliegt, ist auf sachverständiger Grundlage fallbezogen in schlüssiger Weise darzulegen

29.01.2018, [Ra 2017/04/0088](#)

GewO; KörperschaftssteuerG; gem § 2 Abs 1 Z 25 GewO sind die Bestimmungen der GewO auf Veranstaltungen nach § 5 Z 12 KörperschaftssteuerG nicht anzuwenden; nach dieser Ausnahmebestimmung sind bestimmte, an sich dem Gastgewerbe vorbehaltene (und damit gewerbliche) Tätigkeiten **von der GewO ausgenommen**; demnach ist bei sogenannten „**kleinen Vereinsfesten**“ die Verabreichung von Speisen und der Ausschank von Getränken in dem dort angeführten Rahmen und Umfang erlaubt, auch wenn eine Ertragsabsicht nach § 1 Abs 2 und 6 GewO vorliegt

29.01.2018, [Ra 2017/04/0150](#)

Wr MarktO; Abweisung einer marktbehördlichen Bewilligung für die Errichtung eines **transparenten Windschutzhangs an drei Seiten eines Schanigartens**; Begriff der „**verbauten Fläche**“ in § 6 lit a Wr MarktO; bei der Auslegung des Begriffs kann in Ermangelung einer eigenständigen Definition auf den in der BauO für Wien vorzufindenden Begriff der bebauten Fläche bzw damit in Zusammenhang stehende baurechtliche Begrifflichkeiten zurückgegriffen werden; das durch das eingereichte Projekt entstehende Konstrukt ist als verbaute Fläche iSd § 6 lit a Wr MarktO anzusehen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Sbg 20.12.2017, [405-1/165/1/6-2017](#)

WasserrechtsG; § 102 WasserrechtsG regelt die **Parteistellung im wasserrechtlichen Verfahren** nicht abschließend; § 102 leg cit schließt auch nicht aus, dass andere als die dort angeführten Personen Parteistellung in einem der von dieser Bestimmung erfassten Wasserrechtsverfahren haben können; demnach kann sich eine Parteistellung auch aus sonstigen Bestimmungen des WasserrechtsG ergeben und zwar nicht nur aus solchen, die eine Parteistellung ausdrücklich festlegen, sondern auch aus solchen, die behördliche Verpflichtungen zum Gegenstand haben; einem Rechtsträger ist bei allen Maßnahmen, die die Einhaltung solcher Pflichten beeinträchtigen, erschweren oder verunmöglichen können, Parteistellung einzuräumen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[20.02.2018, Rs C-16/16 P, Belgien / Kommission](#)

Rechtsmittel – Verbraucherschutz – Online-Glücksspieldienstleistungen – **Schutz von Verbrauchern und Spielern** sowie **Ausschluss Minderjähriger von Online-Glücksspielen** – Empfehlung 2014/478/EU der Kommission – **Rechtlich nicht verbindliche Handlung der Union** – Art 263 AEUV

[21.02.2018, Rs C-518/15, Matzak](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/88/EG – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Arbeitszeitgestaltung – Art 2 – **Begriffe ‚Arbeitszeit‘ und ‚Ruhezeit‘** – Art 17 – **Abweichungen** – **Feuerwehrleute** – Bereitschaftszeit – **Bereitschaftsdienst zu Hause**

[21.02.2018, Rs C-326/16 P, LL / Parlament](#)

Rechtsmittel – Nichtigkeitsklage – Art 263 Abs 6 AEUV – Zulässigkeit – Klagefrist – Berechnung – **Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments** – Beschluss über die **Rückforderung der Zulage für parlamentarische Assistenz** – Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Parlaments – Art 72 – Beschwerdeverfahren innerhalb des Parlaments – Mitteilung der beschwerenden Entscheidung – **Vom Empfänger nicht abgeholtes Einschreiben**

[21.02.2018, Rs C-628/16, Kreuzmayr](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – **Aufeinanderfolgende Lieferungen derselben Gegenstände** – Ort der zweiten Lieferung – Unterrichtung des ersten Lieferanten – Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer – Recht auf Vorsteuerabzug – **Berechtigtes Vertrauen des Steuerpflichtigen** auf das **Vorliegen der Voraussetzungen** für das **Recht auf Vorsteuerabzug**

[21.02.2018, Rs C-132/17, Peugeot Deutschland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Richtlinie 2010/13/EU – Begriffsbestimmungen – **Begriff ‚audiovisueller Mediendienst‘** – Geltungsbereich – **Werbevideokanal für Modelle neuer Personenkraftwagen auf YouTube**

[22.02.2018, Rs C-103/16, Porras Guisado](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 92/85/EWG – Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz – Art 2 Buchst a – Art 10 Nrn 1 bis 3 – **Verbot der Kündigung einer Arbeitnehmerin während der Zeit vom Beginn ihrer Schwangerschaft bis zum Ende ihres Mutterschaftsurlaubs** – Anwendungsbereich – Nicht mit dem Zustand der betroffenen Arbeitnehmerin in Zusammenhang stehende Ausnahmefälle – Richtlinie 98/59/EG – Massenentlassungen – Art 1 Abs 1 Buchst a – Gründe, die nicht in der Person der Arbeitnehmer liegen – **Im Rahmen einer Massenentlassung entlassene schwangere Arbeitnehmerin** – Begründung der Entlassung – **Vorrangige Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmerin** – Vorrangige anderweitige Verwendung

[22.02.2018, Rs C-328/16, Kommission / Griechenland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/271/EWG – **Behandlung von kommunalem Abwasser** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – **Finanzielle Sanktionen** – Pauschalbetrag – Zwangsgeld

[22.02.2018, Rs C-336/16, Kommission / Polen](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Richtlinie 2008/50/EG – Luftqualität** – Art 13 Abs 1 – Art 22 Abs 3 – Anhang XI – PM10-Konzentrationen in der Luft – **Überschreitung der Grenzwerte** in bestimmten Gebieten und Ballungsräumen – Art 23 Abs 1 – Luftqualitätspläne – **‚So kurz wie möglich‘ gehaltener Zeitraum der Nichteinhaltung** – Keine geeigneten Maßnahmen in den Programmen zum Schutz der Luftqualität – **Nicht ordnungsgemäße Umsetzung**

[22.02.2018, Rs C-396/16, T – 2](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 184 und 185 – **Berichtigung des Vorsteuerabzugs** – Änderung der bei der Bestimmung des Vorsteuerabzugsbetrags berücksichtigten Faktoren – Begriff ‚Umsätze, bei denen keine oder eine nicht vollständige Zahlung geleistet wurde‘ – **Auswirkung eines rechtskräftigen Beschlusses über die Bestätigung des Zwangsvergleichs**

[22.02.2018, verb Rs C-398/16 und C-399/16, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 und 54 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Steuergesetzgebung – Körperschaftsteuer – **Mit der Bildung einer steuerlichen Einheit verbundene Vorteile** – **Ausschluss grenzüberschreitender Konzerne**

[22.02.2018, Rs C-545/16, Kubota \(UK\) und EP Barrus](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolllarif – **Tarifpositionen** – **Kraftfahrzeuge für den Transport von Waren** – Unterpositionen 8704 10 10 und 8704 21 91 – Verordnung (EU) 2015/221 – Gültigkeit

[22.02.2018, Rs C-572/16, INEOS Köln](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Europäischen Union – Richtlinie 2003/87/EG – Art 10a – Beschluss 2011/278/EU – Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten – Zeitraum 2013–2020 – **Zuteilungsantrag** – **Fehlerhafte Daten** – **Berichtigung** – **Ausschlussfrist**

[22.02.2018, Rs C-182/17, Nagyszénás Településszolgáltatási Nonprofit Kft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c, Art 9 und Art 13 Abs 1 – **Behandlung als Nichtsteuerpflichtige** – Begriff ‚Einrichtung des öffentlichen Rechts‘ – **Handelsgesellschaft, deren Anteile zu 100 % von einer Gemeinde gehalten werden** und die mit bestimmten dieser Gemeinde obliegenden **öffentlichen Auf-**

gaben betraut ist – Festlegung dieser Aufgaben und ihrer Vergütung in einem Vertrag zwischen diesem Unternehmen und der betreffenden Gemeinde

[22.02.2018, Rs C-185/17, SAKSA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Tarifierung der Waren** – Harmonisierte europäische Norm EN 590:2013 – Unterposition 2710 19 43 der Kombinierten Nomenklatur – **Relevante Kriterien für die Einreihung einer Ware als Gasöl**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.02.2018, Rs C-441/17, Kommission / Polen \(GA Bot\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 1 und 3 – Art 12 Abs 1 – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen** – Richtlinie 2009/147/EG – Art 4 und 5 – Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – **Änderung des Waldbewirtschaftungsplans** – Natura-2000-Gebiet Puszcza Białowieska (Polen) – **Besondere Schutzgebiete**

[21.02.2018, Rs C-123/16 P, Orange Polska / Kommission \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Polnischer Telekommunikationsmarkt – Berechtigtes Interesse an der Feststellung einer in der Vergangenheit begangenen Zuwiderhandlung, wenn eine Geldbuße verhängt wird – **Berechnung der Geldbuße** – Schwere – **Berücksichtigung der Auswirkungen der Zuwiderhandlung** – Mildernde Umstände

[22.02.2018, Rs C-181/16, Gnandi \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/115/EG – **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen – Ausstellung dieser Anweisung gleich nach der Ablehnung des Asylantrags durch die zuständige Verwaltungsbehörde – **Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung**

[22.02.2018, Rs C-632/16, Dyson \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2010/30/EU – Delegierte Verordnung (EU) Nr 665/2013 – **Verkauf von Staubsaugern – Energieetikett** – Angabe der Bedingungen, unter denen die Tests, die zur Einstufung des Staubsaugers in eine Energieeffizienzklasse führten, durchgeführt wurden – **Verbot, das Format oder den Inhalt des Energieetiketts zu ändern** – Verbot, ergänzende Etiketten zu verwenden, die auf dem Energieetikett enthaltene Informationen wiedergeben oder präzisieren – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken – Verbraucherschutz** – Art 2 Buchst d – Begriff der Geschäftspraktik – Verwendung des Energieetiketts – Art 3 Abs 4 – Rechtsvorschriften der Union, die besondere Aspekte unlauterer Geschäftspraktiken regeln – Begriff der Kollision – Vorliegen – Unanwendbarkeit der Richtlinie – Art 7 – Irreführende Unterlassung – **Wesentliche Information** – Fehlen – Information, deren Mitteilung von der Verordnung Nr 665/2013 nicht verlangt wird

[22.02.2018, Rs C-665/16, Gmina Wrocław \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbare Umsätze – Artikel 2 Abs 1 Buchst a – **Lieferung von Gegenständen gegen Entgelt** – Artikel 14 Abs 2 Buchst b – Übertragung des Eigentums an einem Gegenstand gegen Zahlung einer Entschädigung aufgrund einer behördlichen Anordnung – **Enteignung von Immobilien einer Gemeinde**

[22.02.2018, Rs C-20/17, Oberle \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Europäisches Nachlasszeugnis** – Allgemeine Zuständigkeit des Gerichts eines Mitgliedstaats für Entscheidungen in Erbsachen für den gesamten Nachlass – Vorschrift eines anderen Mitgliedstaats, die die Ausstellung eines nationalen Nachlasszeugnisses vorsieht, das zu ähnlichen Zwecken verwendet wird

[22.02.2018, Rs C-31/17, Cristal Union \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Art 14 Abs 1 Buchst a – **Obligatorische Steuerbefreiung für bei der Stromerzeugung verwendete Energieerzeugnisse** – Art 15 Abs 1 Buchst c – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, für Energieerzeugnisse, die für die Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden, uneingeschränkte oder eingeschränkte Steuerbefreiungen oder Steuerermäßigungen zu gewähren – Gemeinsame Anwendung von Art 14 Abs 1 Buchst a und Art 15 Abs 1 Buchst c

[22.02.2018, Rs C-44/17, The Scotch Whisky Association \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Schutz geografischer Angaben für Spirituosen** – Verordnung (EG) Nr 110/2008 – Art 16 Buchst a, b und c – Anhang III – **Eingetragene geografische Angabe ‚Scotch Whisky‘** – In Deutschland hergestellter und unter der Bezeichnung ‚Glen Buchenbach‘ vermarkteter Whisky – **Begriff der indirekten Verwendung einer eingetragenen geografischen Angabe** – Begriff der Anspielung auf eine solche Angabe – Begriff ‚falsche oder irreführende Angaben‘ – Erforderlichkeit der Identität mit der Angabe, einer klanglichen und/oder visuellen Ähnlichkeit mit ihr oder einer wie auch immer gearteten Gedankenverbindung in der Vorstellung des angesprochenen Verbrauchers – **Etwaige Berücksichtigung des Kontexts, in den die streitige Bezeichnung eingebettet ist**

[22.02.2018, Rs C-59/17, SCI Château du Grand Bois \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Landwirtschaft – Verordnung Nr 555/2008 – **Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen** – **Unterstützung für Weinbauern** – Rodungsprämie – **Unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen** – Erfordernis einer Erlaubnis zum Betreten von Grundstücken – Umzäunte oder nicht umzäunte Grundstücke – Unverletzlichkeit der Wohnung – **Eigentumsrecht**

[22.02.2018, Rs C-217/17, Mast-Jägermeister / EUIPO \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Anmeldung – **Verweigerung eines Anmeldetags** – **Wiedergabe des Geschmacksmusters** – Eindeutigkeit der Wiedergabe

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

22.02.2018, Beschwerde Nr [588/13](#), Libert / Frankreich

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Entlassung** des Bf nach Beschlagnahme seines Arbeitscomputers auf dem pornographisches Material sichergestellt wurde; nach französischem Recht kann der Arbeitgeber die **Daten eines Arbeitscomputers einsehen**, es sei denn, die Mitarbeiter kennzeichnen die Daten eindeutig als privat; Interesse des Arbeitgebers, dass Mitarbeiter ihre Computer im Einklang mit vertraglichen Verpflichtungen nutzen; die privaten Daten des Bf waren nicht eindeutig als solche gekennzeichnet; **keine Verletzung** von **Art 8 EMRK**

20.02.2018, Beschwerde Nr [52797/08](#), Mehmet Günay und Güllü Günay / Türkei

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Tod** der Tochter der Bf zehn Tage nach einer Operation in einem Krankenhaus; Bf klagten auf Entschädigung wegen eines angeblichen Behandlungsfehlers; **Verfahrensdauer** von sieben Jahren und vier Monaten; **Verletzung** von **Art 6 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.